

Ausschuß für Frauenpolitik
11. Sitzung

09.03.1989
sd-sz

Die Leitlinien betreffen einen Zeitraum von etwa 10 bis 15 Jahren, wobei mit zwei oder drei konkreten Förderplänen gerechnet werden könne.

Der Grund, warum das Konzept "Zwischen Arbeit und Ruhestand" ausgerechnet im Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr gefördert werde, sehe er darin, daß dieses Ministerium für die Bereiche Freizeitgestaltung und Wohnumfeld zuständig sei. Das Arbeitsministerium sei jedoch inhaltlich an dem Projekt beteiligt.

Auf die Frage von Frau Abg. Morawietz (SPD), wann mit einer Veröffentlichung des Altenplanes gerechnet werden könne und inwieweit altpolitische Leitlinien darin integriert seien, antwortet LMR Dr. Diers (MAGS), die Leitlinien und das Gutachten sollten noch vor der Sommerpause interministeriell abgestimmt werden. Zur Zeit prüfe man, ob das Gutachten die Zielvorstellungen der Altkonzeption decke. Es sei vorgesehen, daß das Kabinet: im April die Leitlinien verabschiede.

Auf die Frage von Frau Abg. Woldering (CDU), mit welchen Maßnahmen die Landesregierung die Frau im ländlichen Raum berücksichtige, gibt LMR Dr. Diers (MAGS) an, daß die Lebenssituation der Frauen vom Land genau untersucht worden sei. Er gehe davon aus, daß sich dies in dem Konzept niederschlagen werde. Genaues könne er zur Zeit noch nicht sagen.

Frau Abg. Rauterkus (SPD) kommt auf den Bericht der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann zur "Gesellschaftlichen Teilhabe" zu sprechen (siehe APR 10/1113, Seite 21 ff.). Danach mußten 10 % der Frauen, die sich im Jahre 1984 selbständig gemacht hätten, wieder aufgeben. Sie könne sich nur vorstellen, daß diese Frauen vor der Existenzgründung unzureichend beraten worden seien.

Des weiteren sei in dem Bericht von dem Generalsekretär des Deutschen Sportbundes die Rede gewesen, der die Forderung nach Frauenförderplänen begrüßt habe. Mittlerweile seien ihr allerdings Beschwerden zugegangen, daß sich der Vorstand des Landessportbundes geweigert habe, die Richtlinien und Verordnungen frauengerecht zu formulieren. Sie rege an, daß der Frauenausschuß dem Vorstand des Landessportbundes die Beschlüsse zu den frauengerechten Formulierungen und die Ergebnisse der Sprachwerkstatt übermittle.

Der Ausschuß ist einverstanden.

Ausschuß für Frauenpolitik
11. Sitzung

09.03.1989
sd-sz

Die im Landessportbund organisierten Frauen würden sich auf einer Konferenz im Juni mit Frauenfragen beschäftigen, legt Frau Ridder-Melchers dar. Sie gehe davon aus, daß auf der Konferenz Frauenförderpläne beschlossen würden.

Was die gescheiterten Existenzgründungen angehe, so prüfe sie gerne, ob der Anteil von 10 % der Frauen, die wieder aufgeben müßten, dem Durchschnitt entspreche oder nicht. Es werde angestrebt, generell für Männer und Frauen mehr Angebote für Existenzgründungen zu machen. In diesem Zusammenhang verweise sie auf die neugegründeten Regionalstellen in den Montanregionen, die teilweise auch als Anlaufstellen dienten. Zwar könnten sie keine Detailberatungen durchführen, allerdings weitervermitteln und Hilfestellungen in Teilbereichen leisten bzw. die Frauen auf bestimmte Problembereiche hinweisen.

Die Beratung im Vorfeld einer Existenzgründung stelle einen wesentlichen Faktor für ihr Gelingen dar, ergänzt Regierungsangestellte Musial (Staatskanzlei). Früher seien ausschließlich die etablierten Beratungsangebote der IHK, der Ämter für Wirtschaftsförderung und andere in Anspruch genommen worden. Mittlerweile gebe es in verschiedenen Städten Selbsthilfeinitiativen der Existenzgründerinnen. Darüber hinaus böten auch Banken Fortbildungsseminare für Frauen an, die sich selbständig machen wollten.

2 Gen- und Reproduktionstechniken am Menschen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/3683

in Verbindung damit

Möglichkeiten und Grenzen der Humangenetik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 10/3747

und

Fortpflanzungsmedizin und Humangenetik

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/3854

Vorlage 10/2029

Frau Abg. Speth (SPD) berichtet, die Kommission "Mensch und Technik" habe in ihrer Sitzung am 27.02.1989 (siehe APr 10/1130) über den von allen drei Fraktionen erstellten Entschließungsantrag